



AL/GRÜNE TÜBINGEN, POSTSTR. 2 - 4, 72072 TÜBINGEN

Oberbürgermeister Boris Palmer

POSTSTR. 2 - 4
72072 TÜBINGEN
TEL.: 07071/23331
FAX.: 07071/21026
info@al.gruene.de
www.al.gruene.de

^

Tübingen, 08.10.2019

Antrag: Erhöhung der Gebühren für Parken und Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung

Die Stadtverwaltung prüft und erarbeitet Beschlussvorschläge für den Gemeinderat, ob und wie

1. ... die Gebühren für Anwohnerparken erhöht werden können,
2. ... die Parkgebühren auf Straßen, Plätzen und in Parkhäusern bzw. Parkgaragen erhöht werden können,
3. ...die Parkraumbewirtschaftung auf alle Stadtteile ausgedehnt werden kann.

Begründung:

Flächen im Stadtgebiet werden immer knapper und teurer. Somit ist zu hinterfragen, ob die Gebühren, welche Eigentümer*innen von Privatfahrzeugen für die Nutzung des öffentlichen Platzes, den Sie für das Abstellen ihres privaten Fahrzeugs beanspruchen, noch in angemessener Relation zum Wert der Fläche stehen. Insbesondere bei den Gebühren für Anwohnerparkausweise (Jahresgebühr 30,00 EUR) stimmt die Relation nicht mehr. Falls es aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein sollte die Gebühr für Anwohnerparkausweise anzuheben, soll die Verwaltung prüfen, ob die Umwandlung von Anwohnerparkplätzen zu regulären Parkplätzen für die die Anwohner*innen zu einem marktangepassten Preis einen Monats-Parkausweis erwerben können, eine Möglichkeit für angemessene Parkgebühren sein könnte.

Bei allen übrigen Parkplätzen an Straßen, auf Plätzen und in Parkhäusern bzw. Parkgaragen sollte von der Verwaltung zur Erhöhung der Gebühreneinnahmen auch eine Ausdehnung der gebührenpflichtigen Zeiten geprüft werden.

Fortsetzung Rückseite



FRAKTION AL/GRÜNE:

SUSANNE BÄCHER, RAINER DRAKE, LEA ELSENMÜLLER, BERND GUGEL, KRISHNA-SARA HELMLE, CHRISTOPH JOACHIM, BEATE KOLB, ASLI KÜCÜK, JONAS KÜBLER, CHRISTOPH LEDERLE, DR. CHRISTIAN MICKELER, HEINRICH SCHMANN, ANNETTE SCHMIDT, DR. KARIN WIDMAYER

Es sollte verdeutlicht werden, dass das Parken von Privatfahrzeugen keine kommunale Aufgabe, sondern die persönliche Verantwortung jeder/jedes Halter*in (möglichst auf eigenem Privatgrund) ist. Deshalb sollte auf allen städtischen Verkehrsflächen eine Gebühr für das Parken erhoben und die Parkraumbewirtschaftung auf alle Stadtteile ausgedehnt werden.

Das Parken auf städtischen Flächen zu verteuern hat zwei Ziele:

1. Durch angemessene Gebühren für die Zurverfügungstellung von städtischer Fläche soll die bisher stattfindende Subventionierung des Parkens von Privat-PKW reduziert werden. Vor allem in den Parkhäusern sollen Einnahmen erzielt werden, die langfristig mindestens alle Kosten decken. Dadurch könnte ein Trend zur Reduktion von PKW-Parken (und vielleicht sogar der PKW-Nutzung zugunsten von ÖPNV-Nutzung) angestoßen werden. Freiwerdende Straßenflächen kann man für andere wichtige Bedarfe (Grünflächen zur Erholung, Busspuren, Wohnungsbau, Fahrradspuren, Fahrradparkplätze etc.) nutzen.
2. Mit den erhöhten Gebühreneinnahmen können Investitionen in klimafreundliche Mobilität (Ausbau des ÖPNV, Reduzierung der Ticketpreise im ÖPNV) finanziert werden, so dass durch eine Verbesserung der Alternativen zum individuellen PKW-Verkehr die Notwendigkeit von Parkraum in der Stadt geringer wird.

Insgesamt helfen die beantragten Maßnahmen die vom Gemeinderat beschlossenen Klimaschutzziele zu erreichen.

Für die Fraktion AL/Grüne

Lea Elsemüller

Christoph Lederle



FRAKTION AL/GRÜNE:

SUSANNE BÄCHER, RAINER DRAKE, LEA ELSENMÜLLER, BERND GUGEL, KRISHNA-SARA HELMLE, CHRISTOPH JOACHIM, BEATE KOLB, ASLI KÜCÜK, JONAS KÜBLER, CHRISTOPH LEDERLE, DR. CHRISTIAN MICKELER, HEINRICH SCHMANN, ANNETTE SCHMIDT, DR. KARIN WIDMAYER